

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 29. Januar 1965

A 22127 C

Nummer 5

Die energiepolitische Entwicklung in der Bundesrepublik

Seit Ende des vergangenen Jahres ist die Energiepolitik erwartungsgemäß wieder in Bewegung geraten, als sich der deutsche Steinkohlenbergbau erneut, teils infolge objektiv mangelnder Möglichkeiten, das Rationalisierungstempo der Vergangenheit fortzusetzen, teils infolge weiterhin steigender Löhne, einer zunehmenden Verschlechterung seiner Wettbewerbsfähigkeit gegenübergestellt sah. Die Gefahr einer Absatzminderung deutscher Steinkohle im Jahre 1965 um etwa 12 Mill. t¹⁾ bei bereits bestehenden Halden ist nur der Ausdruck dafür, daß sich eine Reihe von Betrieben dieses Wirtschaftszweiges seit nunmehr 7 Jahren in einer Krise befindet. Dieser Tatbestand, in mehreren umfassenden Untersuchungen unmißverständlich vorausgesagt, hat seine Ursachen in einigen langfristig wirksamen Faktoren.

Kosten und Preisentwicklung

Die seit 1958 im deutschen Steinkohlenbergbau schnell und umsichtig eingeführten Rationalisierungsmaßnahmen haben bis 1964 zu einem Anstieg der Schichtleistung (Kennziffer für Arbeitsproduktivität) um jährlich etwa 7,5 vH geführt. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, daß dieses Fortschritts tempo anhalten wird, zumal seit Anfang 1964 die Schichtleistung, jedenfalls bis zum September, fast konstant geblieben ist. Der jährliche Lohnanstieg (Ruhrgebiet, unter Tage) betrug seit 1958 im Durchschnitt etwa 8 vH, so daß schon hierdurch ein Kostenanstieg hingenommen werden mußte. Da 1965 beträchtliche Lohnerhöhungen einer nur schwächer steigenden Arbeitsproduktivität gegenüberstehen werden, wurden die seit Jahresanfang bestehenden Preiserhöhungen unvermeidlich, sofern die Zechen nicht mit Verlust produzieren sollten. Im Zeitraum von 1959 bis Ende 1964 sind die Grubenbetriebskosten um 4,— bis 5,— DM/t angestiegen, und für das laufende Jahr kann eine weitere

Steigerung um 2,— bis 3,— DM/t erwartet werden. Angesichts der Schwierigkeit, den Produktivitätsfortschritt im bisherigen Tempo aufrechtzuerhalten und der auch in Zukunft zu erwartenden Lohnerhöhungen werden Kostensteigerungen anhalten.

Rohölpreise für Importöle und Förderkosten der US-Kohle¹⁾
 in DM/t²⁾

	1960	1961	1962	1963	1964
Rohölpreis (cif Grenze BRD)	82,50	75,33	70,95	69,17	³⁾ 67,20
Förderkosten (fob Grube, USA)	20,80	20,20	19,80	19,68	⁴⁾ 19,55

¹⁾ Bituminöse Kohle. — ²⁾ Kurs \$: DM = 1:4. — ³⁾ Jan./Okt. —
⁴⁾ Vorläufig.

Dem steht andererseits die entgegengesetzte Kostenentwicklung konkurrierender Energieträger gegenüber. Der Preis des in deutschen Raffinerien verarbeiteten Rohöls ist seit 1960 kontinuierlich zurückgegangen. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Zunächst ist der Preis für importiertes Rohöl, das insgesamt — trotz der staatlichen Subventionierung von 6,2 Mill. t deutschen Öls seit dem 1. Januar 1964 — kostengünstiger gewonnen werden kann als im Durchschnitt das deutsche Erdöl, gefallen. Zudem steigt der Anteil der Importöle. Jedenfalls stehen fallende Rohölpreise steigenden Produktionskosten für deutsche Steinkohle gegenüber. Aber auch gegenüber der amerikanischen Steinkohle, die gegenwärtig durch Entliberalisierung nur bis zur Höhe eines Kontingents von etwa 6 Mill. t jährlich zollfrei eingeführt werden kann, hat sich die Wettbewerbslage der deutschen Steinkohle verschlechtert, da die Gewinnungskosten hier seit 1960 bis Ende 1963 um etwa 1,— DM/t gefallen sind.

Energiepolitische Maßnahmen und ihre Konsequenzen

Für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage ist bedeutsam, daß die seit dem 30. Januar 1959 be-

¹⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 31/1964.

stehende Kontingentierung der Importkohle aus Dritten Ländern den Wettbewerb fast gänzlich auf die beiden Energieträger deutsche Steinkohle und Heizöle ausrichtete, nachdem nach 1958 der deutsche Steinkohlenbergbau seinen Absatz durch den Import amerikanischer Steinkohle bedroht gesehen hatte. Bei der wettbewerblichen Überlegenheit des Heizöls, das bereits 1959 mit speziellen Verbrauchssteuern belegt worden war, konnte es aber angesichts der steigenden Produktionskosten für deutsche Steinkohle bei fallenden Rohölpreisen nur eine Frage der Zeit sein, daß der deutsche Steinkohlenabsatz durch diesen Energieträger ernsthaft beeinträchtigt wurde. Diese Situation trat 1964 ein; sie veranlaßte die Regierung zu weiteren energiepolitischen Maßnahmen, die eine Verstärkung des Protektionismus bewirkten.

Die Ende 1964 verfügte Lizenzpflicht für Heizölimporte, verbunden mit der Meldepflicht für den Pipeline- und Raffinerieneubau oder -ausbau, bedeutet zunächst — solange die Lizenzerteilung uneingeschränkt erfolgt — lediglich eine Registrierung. Da aber seitens der heizölerzeugenden oder -importierenden Unternehmen vielfach befürchtet wird, daß die ausgegebenen Lizenzen zu einem späteren Zeitpunkt als Basis für einzuräumende Kontingente dienen werden, besteht die Gefahr eines „run“ auf die Lizenzen mit dem Ziel, im Falle der Kontingentierung möglichst hohe Quoten zu erhalten. Damit kann jedoch gerade das Gegenteil des gewünschten Erfolges eintreten: eine beschleunigte Zunahme der Importe bzw. der Erzeugung von Heizölen. Dann aber scheint die Kontingentierung kaum noch aufzuhalten zu sein.

Eine detaillierte Betrachtung zeigt die recht komplexe Problematik einer Kontingentierungspolitik für den Fall, daß dieses Instrument dazu benutzt werden soll, der deutschen Steinkohlenförderung einen Absatz von jährlich 140 Mill. t zu gewährleisten.

Jede Senkung des Verbrauchs von deutscher Steinkohle, ob im Ausland, im Kokseinsatz in den deut-

schen Hochöfen oder an anderer Stelle würde auch eine Verminderung der Quoten des Heizöleinsatzes zur Folge haben müssen, um diese Fördermenge zu stabilisieren. Damit würde das Heizöl alle Verbrauchsänderungen, soweit sie durch konjunkturelle Schwankungen, durch Witterungseinflüsse oder durch energiewirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahmen ausgelöst werden, allein zu tragen haben. Besonders problematisch erscheint dieser Mechanismus dann, wenn einem Nachfragerückgang bei den Steinkohlenverbrauchern ein höherer Energiebedarf bei solchen Verbrauchern gegenübersteht, die bereits auf Heizöl umgestellt haben. Diese Überlegungen betreffen die kurzfristig wirksamen Veränderungen; es sollte deshalb nicht der Schluß gezogen werden, daß eine sich an einem Trend orientierende langfristige Kontingentierungspolitik unmöglich sei. Jedoch ergeben sich bei einer auch nur mittelfristig ausgerichteten Kontingentierungspolitik weitere wirtschaftliche Konsequenzen. Praktisch würde damit die deutsche Steinkohle zum Preisführer auf dem deutschen Energiemarkt, und andere, billigere Energieträger könnten sich diesem zukünftig wahrscheinlich steigenden Preisniveau anpassen, es sei denn, man führe zusätzlich Preisverordnungen für diese Energieträger und ein Bezugscheinsystem ein. Wenn hiervon abgesehen werden soll, scheinen Differentialgewinne bei den „billigen“ Energieträgern unausweichlich; sie werden weniger für die deutsche Braunkohle anfallen — mit Ausnahme der Brikettfabriken —, sondern stärker den importierten Energieträgern (Rohöl und Heizöl sowie Importkohle) zugutekommen.

Für das Jahr 1965 zeichnet sich eine namhafte Steigerung des gesamten Energiepreisniveaus ab. Sofern die Heizölpreise an den Wärmeäquivalenzpreis der Steinkohle angenähert werden — der Vorschlag, die Mineralölwirtschaft solle ein Preiskartell bilden, deutet darauf hin —, könnte die inlands-wirksame Preis- und Kostenerhöhung für alle Energieträger zu einer Verteuerung in Höhe von insgesamt etwa 0,9 Mrd. DM führen.

Agrarpolitik nach dem Getreidepreis-Beschluß des EWG-Ministerrates

Anders als die Maßnahmen im Energiebereich folgt die Ende 1964 beschlossene, für 1967 vorgesehene Senkung des westdeutschen realen Agrarpreisniveaus den Kräften eines zum Ausland hin weiter als bisher geöffneten Marktes. Bei dieser Entscheidung mußten nicht etwa ökonomisch begründete Wünsche der Landwirtschaft in der Bundesrepublik hinter politischen Zielsetzungen der Bundesregierung zurückstehen, wie immer wieder behauptet wird; vielmehr ist es gerade die Harmonie zwischen den französischen politischen Absichten und dem „wirtschaftlichen Gesetz“ des Gemeinsamen Marktes gewesen, die der Offensive Frankreichs zum Erfolg verholfen hat. Die Senkung des deutschen realen Agrarpreisniveaus ist nichts anderes als die Folge des in einem gemeinsamen Agrarmarkt im

Vergleich zu den bisherigen deutschen Verhältnissen vergrößerten Angebotspotentials. Dieses ermöglicht, künftig auf den teuersten Teil der Produktion zu verzichten. Es sind somit gerade die Integrationsvorteile auf rein ökonomischem Gebiet — Produktivitätszunahme durch erhöhte Spezialisierung an den jeweils günstigsten Standorten —, die für eine Preissenkung sprechen.

Die wichtigste Frage, die bei der Entwicklung einer auf die bevorstehenden Verhältnisse zugeschnittenen agrarpolitischen Konzeption zu beantworten ist, ist die nach den Anpassungszielen. Damit ist die aufgrund der veränderten Kosten-Preisverhältnisse erforderliche werdende Neubemessung des Faktoreinsatzes gemeint. Freilich kann die Frage hier nur in groben Umrissen für den Sektor als

Ganzes beantwortet werden. Das ändert nichts daran, daß vom Gelingen der Anpassung die Wettbewerbsfähigkeit oder der Lebensstandard der westdeutschen Landwirtschaft nach der Preissenkung abhängt.

Der Produktionsfaktor, dessen Knappheit für die Bundesrepublik durch einen auch nur im EWG-Rahmen liberalisierten Agrarmarkt entscheidend gemildert wird, ist der Boden. Das verlangt eine Substitution von Arbeit und Kapital durch Boden. Die Notwendigkeit zu dieser Substitution wird durch den *einmaligen* Integrationsschritt ausgelöst und bedeutet eine Arbeits- und Kapitalextensivierung. Sie ist nicht mit der unabhängig vom Integrationsprozeß stattfindenden Substitution von Arbeit durch Kapital zu verwechseln, die als Effizienzsteigerung des Faktors Arbeit eine fortwährende Aufgabe darstellt, weil sie durch den Zwang zur Anpassung an ständig steigende Reallöhne (Einkommensansprüche) auch nach vollzogener Anpassung an die Integration in Gang gehalten wird.

In der nach dem Integrationsschritt optimalen Faktorkombination wird der Bodeneinsatz je Produktionseinheit höher, der Arbeits- und der Kapitaleinsatz also niedriger liegen als im Optimum bei gegenwärtigen Kosten-Erlösrelationen. Berücksichtigt man, daß im Vergleich von gegenwärtigem Ist-Zustand und bisher angestrebtem Optimum der Faktorkombination

der Bodeneinsatz teilweise noch gesenkt werden sollte,
der Arbeitseinsatz ebenfalls gesenkt werden sollte und
der Kapitaleinsatz immer noch steigerungsfähig war,
so ergibt sich, daß die durch den Integrationsschritt ausgelöste Tendenz

beim Bodeneinsatz der bisherigen und langfristigen Tendenz entgegengesetzt ist,
beim Arbeitseinsatz der unabhängig von der Integration wirksamen Tendenz gleichgerichtet ist und
beim Kapitaleinsatz der langfristigen Steigerungstendenz wiederum entgegengerichtet ist.

Zur knappen Skizzierung der ernährungspolitischen Ausgangssituation der Bundesrepublik im Vergleich zu ihren EWG-Partnern sollen einige Zahlen dienen.

Die Einwohnerdichte je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt in der EWG zwischen etwa 140 in Frankreich und 500 in Belgien-Luxemburg¹⁾. Die Bundesrepublik liegt mit 380 erheblich über dem EWG-Durchschnitt von etwa 230. Die relative Einwohnerdichte in der Bundesrepublik ist noch größer, wenn man in die einheimische Nutzfläche der EWG-Länder auch die ihrer Futtermittelfuhr entsprechende Fläche einbezieht und diese Summe als Bezugsgrundlage verwendet. Da die Niederlande auf diese Weise bisher das eigene Areal um etwa 50 vH, Belgien-Luxemburg um 35 vH, die Bundesrepublik aber nur um 12—14 vH aufstockten, sinkt die Einwohnerdichte in den Niederlanden unter die

der Bundesrepublik, und rückt die Zahl für Belgien-Luxemburg nahe an die der Bundesrepublik heran. Es ist klar, daß solche nicht durch die natürlichen Unterschiede, sondern durch die unterschiedliche nationale Agrarpolitik in einer längeren Vergangenheit bedingten Grundverhältnisse sich in der Produktionsstruktur der nationalen Landwirtschaften niedergeschlagen haben. Im Gegensatz zur Bundesrepublik haben gerade diese beiden Länder dank ihrem laufenden beträchtlichen „Flächenimport“ in ihrer Agrar- und Produktionsstruktur viel von dem vorweggenommen, was auf die Landwirtschaft in der Bundesrepublik neu zukommt. Das zeigen z. B. die niedrigeren Zahlen über Maschinenbesatz und Arbeitsaufwand.

Agrarpolitisch bedeutet nun das Zusammenwirken der hervorgehobenen Substitutionstendenzen:

1. Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität werden noch dringlicher als bisher.
2. Das Optimum der Bewirtschaftungsintensität liegt unter den neuen Verhältnissen niedriger als bei dem bisherigen Agrarschutz.
3. Bei Investitionen muß besonders beachtet werden, daß die optimalen Kapitalkosten (je Produktionseinheit) unter den neuen Preisverhältnissen tiefer als im alten Optimum liegen.

Die Zahl der Betriebe, die eine vernünftige Investitionstätigkeit nur im Zusammenhang mit einer Aufstockung der Nutzfläche fortsetzen können, steigt unter diesen Bedingungen stärker, als es ohne Integration der Fall gewesen wäre. Das schon bestehende Mißverhältnis zwischen Investitionsförderung auf der einen, agrarpolitischer Unterstützung der Aufstockung (bzw. Abstockung und Betriebsauflösung) sowie der Bodenmobilität auf der anderen Seite wächst, wenn hier die Akzente nicht entschieden zugunsten einer Erhöhung der Bodenmobilität verschoben werden.

In der Auseinandersetzung darüber, wie die 1965 und in den folgenden Jahren zusätzlich für die Landwirtschaft verfügbaren Mittel des Bundeshaushaltes verwendet werden sollen, stehen sich zwei Anschauungen gegenüber. Nach der einen soll der in den Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Bauernverband noch nicht zweckgebundene Betrag von zunächst 380 Mill. DM als nach dem Flächenumfang zu bemessender Einkommenstransfer ohne weitere Auflagen an die landwirtschaftlichen Betriebe ausbezahlt werden. Selbst wenn man davon ausgehen muß, daß z. B. die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte als Verteilungsschlüssel noch ungeeigneter wäre, so gewährleistet doch wahrscheinlich auch die Verteilung nach der Fläche weitgehend, daß die Beträge wirkungslos verpuffen. Wirkungslos heißt: Ohne dynamisch zu beschleunigter Anpassung beizutragen.

Nach der anderen Anschauung sollen die Mittel nicht unter dem Gesichtspunkt eines irgendwie gemeinten statischen Ausgleichs verteilt werden, sondern sozusagen zur „Einholung“ des integrationsbedingten Einkommensverlustes beitragen. Die Vertreter dieser Richtung scheinen auch erkannt zu haben, daß es neben einem weiteren Ausbau der

¹⁾ Zahlen hierzu G. Thiede: „Die Versorgung der EWG-Länder mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor Beginn des gemeinsamen Agrarmarktes.“ Statistische Informationen der EWG, Nr. 1/1964.

Betriebsleiterschulung und Betriebsberatung jetzt nicht mehr auf eine Verstärkung genereller investitionsfördernder Maßnahmen ankommt, sondern daß der Nachdruck auf mobilitätsfördernden Maßnahmen für Boden und Arbeitskräfte liegen muß. Es ist sicher, daß diese zweite Richtung gegenüber der ersten alle Unterstützung verdient. Man wird sogar gleich ins Auge fassen müssen, daß der Gesichtspunkt der Einholung nicht nur für die Verwendung eines Teils der zusätzlichen Mittel Pate stehen sollte, sondern daß die gesamte Struktur des Grünen Planes neu durchdacht werden muß. Denn den Akzentverlagerungen innerhalb der Ziele muß auch die Verwendung der Mittel folgen. Unter diesem Gesichtspunkt ist von einer unsystematischen und eiligen Verausgabung neu zugesagter Mittel nicht viel zu erhoffen. Bedenkt man, wie die der Landwirtschaft gemachten Zusagen die Bewegungsfreiheit des Bundeshaushaltes für andere bisher vernachlässigte öffentliche Aufgaben in den nächsten Jahren einengen werden, so scheint diese Zurückstellung anderer Bereiche nur gerechtfertigt, wenn die Mittel wenigstens in der Landwirtschaft vorwiegend der Modernisierung und nicht der Konservierung dienen. Einen agrarpolitischen Plan vor die Verausgabung der Mittel zu stellen, wäre daher sicher klug gehandelt. Und wenn die Übertragbarkeit in das nächste Haushaltsjahr eigentlich zu früh bewilligte Mittel vor der Verschwendung schützen hilft, sollte man auch diesen Ausweg suchen.

Die für die Agrarpolitik Verantwortlichen sollten aber auch den folgenden Gedanken nicht übersehen. Wenn in der Diskussion von einem Ausgleich der Verluste die Rede ist, die der westdeutschen Landwirtschaft aus den Preissenkungen erwachsen, so wird der Verlust zunächst als Rückgang der Verkaufserlöse (bei geringerem Aufwand für zugekaufte Futtermittel) errechnet. Dabei wird an die laufenden Einkommensverluste gegenüber dem bisherigen Preisstand gedacht. Diese — in erster Linie Arbeits-einkommensverluste — sind aber nicht das ökonomische Problem, wenn man an der Beweglichkeit des Faktors Arbeit festhält. Zur kalkulatorisch richtigen Erfassung des Verlustes ist eine andere Sicht erforderlich. Der Lohn(anspruch) der in der Landwirtschaft Tätigen wird durch die Agrarpreissenkungen nicht berührt, sondern richtet sich unverändert nach den alternativen Verdienstmöglichkeiten dieser Kräfte in anderen Sektoren der Wirtschaft. Beeinträchtigt werden dagegen desto stärker die Reinerträge²⁾ der landwirtschaftlichen Betriebe. Folglich sinken gleichzeitig mit dem Übergang zu niedrigeren Produktpreisen die Kapitalwerte (kapitalisierten Reinerträge) dieser Betriebe und der

²⁾ Diese stellen die Verzinsung des investierten Kapitals dar.

Landwirtschaft insgesamt. Theoretisch ist daher ein sich aufgrund der Agrarpreissenkung errechnender Verlust die Differenz zweier Kapitalwerte, also kein Einkommens-, sondern allein ein Vermögensverlust. Er wäre als eine Art Ausgleichforderung zu aktivieren und von der öffentlichen Stelle, die ihn anerkennt, zu verzinsen und zu tilgen. Diese Ausgleichsforderung als — betriebswirtschaftlich gesprochen — außerordentlicher Ertrag stünde dem außerordentlichen Aufwand gegenüber, der sich gleichzeitig in Form eines außerplanmäßigen Abschreibungsbedarfs ergibt, wenn die Betriebe ihr Vermögen entsprechend der veränderten Preissituation neu bewerten.

So wenig unmittelbar praktische Bedeutung zur Ermittlung der Verluste dieser Gedankengang aus mancherlei Gründen haben mag, dürfte er doch nicht wertlos sein. Macht er doch verschiedenes deutlich, was in den bisherigen Überlegungen zu kurz gekommen ist. Hierzu gehört z. B.:

1. daß der Ausgleich von Verlusten sich nicht auf das Einkommen der Arbeitskräfte, sondern auf die gesunkene Ertragskraft der fix in der Landwirtschaft investierten Mittel beziehen muß;
2. daß die Erfüllung des Einkommensanspruchs der Arbeitskräfte eine Frage der Faktorkombination ist, da die Arbeitskräfte beweglich sind; nur zur Vermeidung von Härten sind Transferzahlungen angebracht;
3. daß der Weg zu einer Neukombination der immobilien Faktoren erst durch eine realistische Bewertung und — falls nötig — außerplanmäßige Abschreibung der unter den alten Preisverhältnissen vorgenommenen Investitionen frei wird;
4. daß diese Interpretation und — wenigstens gedankliche — Verbuchung der Ausgleichszahlungen erforderlich ist, wenn die festen Kosten in Form von Grundrente, laufenden Abschreibungen und Zinsansprüchen einer Extensivierung der Bewirtschaftung nicht im Wege stehen sollen;
5. daß nicht aufgrund bestimmter (historischer) Werte des Produktivvermögens ein bestimmtes Preisniveau der Produkte unabdingbar ist, sondern daß sich der Wert eines werbenden Vermögens aus seiner — u. a. natürlich gerade von der Höhe der Produktpreise wesentlich beeinflußten — Ertragskraft ableitet und in diesem Sinn sozusagen täglich neu im Markt ermittelt werden muß.

Es wird davon gesprochen, daß die Landwirte von einer subventionsorientierten Führung ihrer Betriebe abgehalten werden müßten. Was soll sie in dessen zu einem richtigen Verhalten veranlassen, wenn nicht die richtige Sicht der Veränderungen.

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1963				1964											
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Anzahl der Werktage			21,8	23,8	20,4	20,0	22,5	21,0	20,8	22,8	18,2	21,8	23,8	22,0	22,8	23,0	20,8	
Bevölkerung																		
Bevölkerungsbestand, gesamt	D	1000	E	74955	.	.	75045	.	.	75245	.	.	75490	.	.	75700	.	.
" " " " " " " "	BRD *)	"	"	55605	55652	55686	55678	55724	55787	55867	55948	56023	56097	56163	56224	56290	.	.
" " " " " " " "	W-B	"	"	2180	2183	2186	2186	2187	2187	2187	2190	2192	2193	2193	2194	2195	2199	2200
" " " " " " " "	O-B	"	"	1064	.	.	1065	.	.	1066	.	.	1067	.	.	1068	.	.
" " " " " " " "	SBZ	"	"	16106	.	.	16116	.	.	16125	.	.	16133	.	.	16147	.	.
Bevölkerungsbewegung																		
Geburten 1)	BRD	auf 1000		18,3	17,3	16,7	16,8	18,4	19,4	19,6	19,7	18,7	18,5	18,5	17,2	18,6	16,7	16,6
" " " " " " " "	MD	Einwohner		18,0	16,9	17,4	17,5	17,3	18,5	17,3	18,4	17,6	17,2	16,4	16,1	17,1	.	.
" " " " " " " "	BRD	und 1 Jahr		9,8	10,5	10,9	11,8	12,0	11,7	11,7	11,2	10,5	10,4	10,8	10,0	10,0	10,8	11,4
" " " " " " " "	MD	berechnet		11,1	12,3	12,1	13,4	15,0	14,6	13,7	14,6	14,8	13,6	12,0	11,6	10,8	.	.
Eheschließungen	BRD	"		6,8	8,1	8,1	7,0	6,0	6,3	7,5	9,4	11,0	8,7	11,5	14,7	6,5	8,2	7,0
" " " " " " " "	MD	"		8,3	7,9	7,5	8,7	3,9	6,3	9,1	6,0	11,3	7,3	9,3	11,7	8,0	.	.
Arbeitsmarkt																		
Beschäftigte 2)	BRD	1000	VD	.	.	21362	.	.	21163	.	.	21550	.	.	21640	.	.	.
darunter weibliche	"	vH	"	.	.	33,5	.	.	33,7	.	.	33,4	.	.	33,3	.	.	.
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	"	1000	E	105	114	133	252	337	305	227	147	127	112	105	103	100	111	127
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 4)	"	vH	"	0,5	0,5	0,6	1,2	1,6	1,4	1,1	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Unterstützte Arbeitslose 5)	"	1000	M	67	70	80	131	251	261	206	118	87	76	68	63	61	66	73
Off. Stellen b. d. Arb.-Ämtern	"	1000	E	625	581	517	440	501	586	623	614	627	662	677	681	671	627	571
Arbeitslose je 100 off. Stellen	"	Anzahl	"	17	20	26	57	67	52	36	24	20	17	16	15	18	18	22
Einkommen 11)																		
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD *)	Mill. DM	S	3746,0	3968,6	4073,1	4080,8	4106,4	3764,9	4021,5	4176,8	4171,2	4292,0	4401,9	4224,5	4301,3	4461,5	4665,6
Gehälter in der Industrie	"	"	"	1546,6	1555,6	1667,9	1809,8	1707,3	1658,5	1706,7	1718,2	1758,1	1763,7	1756,4	1755,8	1769,6	1801,4	1955,6
Beschäftigung d. Ind. 6) 11)																		
Beschäftigte																		
Gesamte Industrie	BRD *)	1000	E	7970,0	7979,7	7975,6	7912,2	8178,5	8195,2	8214,8	8294,6	8294,4	8290,5	8312,7	8337,4	8358,1	8381,1	8406,8
Bergbau	"	"	"	510,4	508,2	506,3	504,0	501,4	501,2	501,2	504,9	502,5	500,0	497,5	494,8	492,0	489,9	488,8
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	1735,5	1733,9	1732,6	1713,7	1718,5	1728,1	1745,8	1769,0	1771,9	1774,0	1782,3	1788,3	1791,1	1792,7	1796,4
Investitionsgüterind.	"	"	"	3262,5	3264,9	3266,1	3251,2	3442,6	3451,5	3456,8	3495,9	3500,0	3499,7	3510,8	3526,6	3537,3	3548,4	3565,9
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1946,8	1953,2	1956,1	1944,6	2000,9	2000,7	1999,1	2013,3	2006,1	1998,5	1996,8	1999,9	2005,5	2014,0	2022,0
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	514,8	519,6	514,6	498,8	515,2	513,9	511,9	511,5	513,9	518,3	525,3	527,8	532,3	536,0	533,8
dar. : Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	268,6	267,4	264,5	251,8	239,8	245,5	239,0	269,7	272,6	273,8	275,3	275,6	275,2	272,9	271,0
Eisenschaffende Ind.	"	"	"	349,6	347,8	347,8	346,8	346,7	347,4	348,4	351,7	351,5	352,0	353,0	354,7	355,1	355,2	355,8
Eisen-, Stahl- u. Tempergieß.	"	"	"	136,2	136,9	137,4	136,5	138,4	138,4	139,2	139,0	139,0	139,4	140,2	141,0	141,0	141,7	142,8
NE-Metallindustrie	"	"	"	81,6	81,5	81,6	81,3	82,8	83,1	83,5	84,4	84,3	84,5	85,1	85,3	85,8	86,4	86,5
Chemische Industrie	"	"	"	492,3	493,5	494,2	492,0	502,5	503,7	506,1	511,2	511,0	511,5	514,7	517,2	518,0	519,7	521,5
Stahlbau	"	"	"	207,7	207,5	207,2	205,7	223,2	222,4	221,9	224,4	224,4	224,1	224,9	226,3	226,8	226,6	226,3
Maschinenbau	"	"	"	1004,5	1002,6	1002,8	999,8	1028,5	1030,2	1030,6	1044,5	1046,4	1044,7	1048,3	1051,6	1052,1	1053,7	1057,5
Fahrzeugbau	"	"	"	464,0	465,1	464,9	463,3	476,1	478,1	480,1	484,7	486,5	487,6	488,6	493,4	496,2	498,9	502,7
Schiffbau	"	"	"	81,6	81,3	81,3	81,1	81,2	81,0	80,8	81,5	81,5	81,4	81,4	81,5	81,1	81,0	81,5
Elektrotechnische Ind.	"	"	"	808,8	809,8	810,4	806,1	912,3	916,1	919,1	929,8	930,4	931,5	934,8	939,3	944,5	947,6	952,9
Feinmech. u. opt. Ind.	"	"	"	147,2	147,8	148,2	147,5	153,2	153,7	153,6	155,3	155,3	155,0	154,9	155,3	155,7	156,1	157,1
Eisen-, Blech- u. Metallw.	"	"	"	388,2	389,6	389,8	387,0	403,6	404,9	405,4	409,1	409,0	408,8	410,1	411,1	412,3	415,0	417,2
Holzverarbeitende Ind.	"	"	"	212,6	213,2	213,3	212,0	213,9	213,9	214,3	215,1	214,3	214,1	214,5	214,9	215,8	216,9	218,1
Druckerei u. Vervielfältig.	"	"	"	193,2	194,3	193,0	192,1	204,4	204,4	204,4	207,0	206,9	206,6	206,9	207,5	208,1	208,4	208,6
Textilindustrie	"	"	"	561,3	562,0	562,2	559,1	560,6	560,0	557,9	560,2	558,4	555,8	552,6	551,9	552,4	553,2	554,9
Bekleidungsindustrie	"	"	"	363,8	365,6	366,8	364,5	387,9	387,0	385,8	390,7	387,8	385,1	384,7	385,6	387,6	390,1	391,7
Darunter Arbeiter 7) 11)																		
Gesamte Industrie	BRD *)	1000	E	6270,0	6280,2	6273,7	6212,1	6406,5	6418,7	6435,4	6490,5	6484,4	6480,2	6499,3	6515,3	6528,0	6547,7	.
Bergbau	"	"	"	444,8	442,9	440,9	438,7	437,1	436,8	436,8	439,9	437,7	435,1	432,8	429,9	427,1	425,4	.
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	1348,1	1346,6	1344,9	1326,3	1324,0	1332,9	1349,7	1366,8	1368,3	1370,6	1377,0	1381,3	1383,0	1384,0	.
Investitionsgüterind.	"	"	"	2475,5	2478,2	2477,7	2462,6	2605,4	2611,2	2614,0	2641,0	2640,8	2649,9	2660,7	2667,0	2676,1	.	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1620,7	1627,1	1629,7	1618,9	1663,4	1662,5	1661,4	1671,1	1662,7	1655,4	1654,2	1655,5	1659,5	1667,4	.
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	380,9	385,4	380,5	365,6	376,6	375,3	373,5	371,6	374,0	378,2	385,4	387,8	391,4	394,9	.
Geleist. Arbeiterstd. 11)																		
Gesamte Industrie	BRD *)	Mill.	S	1017,5	1102,7	1044,0	977,8	1063,0	1010,4	1032,9	1096,9	987,6	1040,6	1064,0	973,5	1071,0	1120,5	1079,4
Bergbau	"	"	"	65,9	74,1	69,6	65,7	73,7	65,0	65,7	71,2	61,5	65,5	67,4	60,6	65,1	68,6	66,0
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	225,5	242,2	228,0	215,7	225,4	215,5	223,4	238,7	217,1	229,9	238,9	221,2	235,4	244,5	234,6
Investitionsgüterind.	"	"	"	405,0	434,6	415,1	387,1	429,2	412,9	418,8	444,6	403,5	427,9	429,7	393,1	435,3	457,0	441,1
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	255,7	279,7	263,2	244,6	268,6	255,3	262,0	276,6	244,5	251,8	259,6	233,8	267,3	278,5	269,1
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	65,5	72,2	68,1	64,7	66,1	61,8	63,0	65,7	61,0	65,4	68,4	64,8	68,5	71,9	68,6
Tägliche Arbeitszeit 8) 11)																		
Gesamte Industrie	BRD *)	Std.	D	7,44	7,38	8,16	7,87	7,37	7,50	7,72	7,41	8,37	7,37	6,88	6,79	7,20	7,44	.
Bergbau	"	"	"	6,80	7,02	7,74	7,49	7,49	7,08	7,23	7,10	7,72	6,91	6,54	6,40	6,68	7,01	.
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	7,67	7,56	8,31	8,13	7,57	7,70	7,96								